

2021-12-06 Austausch mit Michael Joukov-Schwelling MdL (GRÜNE-Landtagsfraktion)



Teilnehmende

[Andreas Bauer](#)

[An Tang](#)

[Rachel Acosta](#)

Michael Joukov-Schwelling

Alexander Salomon

Jan Gfrerer (Uni Hohenheim)

Fabian Blust (Büro Alex Salomon)

Leon Glückert (PH Ludwigsburg)

Frederik Blank (VS Uni Mannheim)

Lina Arnold (VS Uni Mannheim)

Matthias Ehrhardt (stuvus)

Tanja Modrow (GF SW Heidelberg)

Claus Kaiser (GF SW Ulm)

Julius Schürle (VS Uni Ulm)

André Völlers (stv. GF SW Stuttgart)

Christian

Michael Postert (GF SW Karlsruhe)

Björn Dohl (GRÜNE)

Magdalena Berg

Wichtige Links

Meetingraum: <https://us06web.zoom.us/j/84396080227?pwd=eitBOVAzLytKY2lWTnFSWTRIVEF1dz09>

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Ende der Sitzung: 17:00 Uhr

- [1. Bisherige Erfahrungen aus der Pandemie – auch zum Präsenzunterricht](#)
 - [2. 365€-Ticket für Studierende](#)
 - [3. Psychologische Betreuung und Beratungsangebote für Studierende](#)
 - [4. Sonstiges](#)
-

1. Bisherige Erfahrungen aus der Pandemie – auch zum Präsenzunterricht

Uni MA: Prüfungen, kaum Planungssicherheit, aktuell noch 80 Klausuren in Präsenz angesetzt, Umsetzbarkeit fraglich, Klarheit schaffen mit CoronaVO

GRÜNE: Ist gegeben in CVO: im Regelfall Präsenz. HSen sind angehalten passende Räume bereitzustellen. Keine 2G-Pflicht bei Prüfungen.

Uni Ulm: Fristverlängerungen auf drei Semester beschränkt. WS2021/2022 erfüllen nicht Kriterium für "normales Semester", Regelungen sollten ausgeweitet werden.

GRÜNE: Ministerium erwägt Nutzung der Verordnungsermächtigung. Es soll rechtzeitig klargestellt werden, wo die Reise hingehen wird.

Uni MA: Wird es auf Bundesebene einen Vorstoß geben, die Bezugszeit für Kindergeld zu verlängern?

GRÜNE: Überlegungen gibt es. Für uns nicht das Wichtigste. Ansprechpersonen im Bund werden gesucht. Auf mehreren Ebenen sollte man aktiv werden. MdB direkt ansprechen. Krankenversicherung noch relevanter.

Uni Ulm: Tendenz zu Online-Lehre entgegen dem Appell des MWK. Soziale Events der Studierendenschaften können nicht mehr stattfinden. Entspannung durch Lockerungen bzgl. 2G+-Regelungen. Es besteht keine Lust mehr auf Online-Socializing. Wir laufen Gefahr, dass es wieder so wird wie zu Beginn der Pandemie. Studierendenvertretungen finden keinen Nachwuchs.

Uni Hohenheim: Studierende wollen mittlerweile gar nicht mehr an die Uni. Lernräume nur mit Voranmeldung ist unpraktikabel. Spontane Buchung nicht möglich.

GRÜNE: Jetzige Maßnahmen inkl. der Ankündigung der Impfpflicht sollten dazu führen, dass wir im Frühjahr in "einer anderen Situation" sind, Grund für Optimismus. Aufweichung der Regelung (Anmeldung Lernräume) im Kontext der anderen Maßnahmen nicht vertretbar.

Uni Ulm: 2G+-Erleichterung sorgte für Unmut in der Studierendenschaft. Unwissenschaftlichkeit wird unterstellt. Verlieren dadurch noch mehr Menschen. Begründung zur CVO erscheint als im Nachgang zurechtgebogen.

GRÜNE: CVO bildet Studierende nicht primär ab.

SW KA: Haben Impfzentrum betrieben, offen gelassen, betreut von Betriebsarzt, 30 Impfungen pro Woche zugeteilt. Nicht genügend Impfdosen zur Verfügung. Mehr personelle Kapazitäten sind vorhanden (500/Woche).

GRÜNE: Haben Signale der Besserung erhalten vom BMG. Moderna scheint ein Ladenhüter zu sein.

SW HD: Streit über das Tragen der Kosten nicht zielführend, es muss etwas getan werden und PBS ausgebaut werden. Depressionen, Verzweiflung und Unsicherheit. Viele trauen sich nicht zu studieren. Daheim keine adäquate Möglichkeit, das Studieren zu erlernen.

Uni Ulm: Wiederholung der Situation wie zu Beginn der Pandemie sind nicht tragbar. es ist zu erwarten, dass wir im neuen Jahr (erneut) eine sehr hohe Zahl an Studierenden mit Auffrischimpfung haben werden. Spontane Nutzung von Lernräumen muss möglich sein. Es ist noch einiges zu retten.

Uni MA: Bedarf an PBS explodiert. SW leisten Großes, Kapazitäten sind aber ausgereizt. Mehr Geld und Personal muss langfristig bereitgestellt werden.

GRÜNE: Ressourcen sollen folgen laut eines Gesprächs mit den SWen letzte Woche.

Uni Hohenheim: Wartezeit PBS 8-10 Wochen. Night-Line durch Ehrenamtliche.

SW HD: Haben wir auch, brauchen Angebote auf mehreren Ebenen. Versuchen im Rahmen der Verordnungen so viel offen zu halten wie möglich. 7 VZÄ in HD sind recht viel, temporär wird aber mehr gebraucht. Befristete Stellen sind unbeliebt.

GRÜNE: Wo kann das Land konkret ansetzen?

SW HD: Brauchen Ressourcen.

Uni Ulm: 2G-Optionsmodell war praktikabel und haben Veranstaltungen ermöglicht (in der kurzen Zeit bis zur Alarmstufe). Kreative Auslegung der Verordnung für Kennenlernerevents fallen schwer. CVO sollen grundsätzlich unter Erwägung studentischer Belange entwickelt werden, z.B. um kurzfristige Nutzung von Lernräumen zu ermöglichen.

Salomon: Wünsche für CVO über LaStuVe sammeln und einreichen.

Dohl: MPK-Beschlüsse schränken den Handlungsspielraum der Länder ein. Diskrepanz der Rückmeldungen (von Studierenden) ist sehr groß.

Uni Ulm: Geltungsbereich klarstellen: wann ist VS-Aktivität Teil des Studienbetriebs, wann nicht.

SW Uni HD: Bei Zusammenstellung (durch LaStuVe) auch unbedingt internationale Studierende mitbedenken. Sprachbarriere macht soziale Events an den Hochschulen wünschenswerter weil sie dort eher andere Studis kennen. Vgl. Gesamtgesellschaft / Stadt, wo sie noch niemanden kennen und die Hauptsprache noch nicht beherrschen.

2. 365€-Ticket für Studierende

GRÜNE: Wird kommen, gibt wenig zu sagen. U27. Ausbildungsverhältnis möglichst großzügig halten. Anrechenbarkeit des Solidarbeitrags in der Diskussion, ebenso der Umstand, dass aktuell die Verbundsemestertickets im Jahr teils schon teurer sind als das neue landesweite Ticket, andere aber nicht. Personen, die die Landesoption nicht benötigen, profitieren nicht von diesem Ticket mitunter.

Kapazitäten für Mitfahrt von Studis besser als für Schüler, weil sie tendenziell nicht zu den Hauptverkehrszeiten fahren müssen.

Uni Ulm: Warum nicht für alle Studierenden, also auch jene über 27?

GRÜNE: Schlichtweg des Geldes wegen, als Kompromiss zwischen GRÜNE und CDU. GRÜNE wollten für Alle, CDU hat es nicht einmal erwähnt. Daher nur für ein Teil der Studierenden.

3. Psychologische Betreuung und Betreuungsangebote für Studierende

Hier haben uns deutliche Warnsignale erreicht, und die Landesregierung ist dran, für Abhilfe zu sorgen

Abgehandelt unter TOP 1

4. Sonstiges

Uni Hohenheim: Erhöhung der Studiengebühren für Internationalstudierende schlecht.

GRÜNE: Rechnungshof muss für Haushalt sorgen, Landtag entscheidet. Bisher kein Zeichen, dass es die Wille gäbe, die Erhöhung umzusetzen.

Termin für nächsten Austausch soll ausgemacht werden.

